



Bundestag steht an der Seite Israels

Aktuelle Stunde zu Raketenangriffen der Hamas – Unionsfraktion verurteilt Terror

Im wiederaufgeflamten Nahost-Konflikt hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich für Israel Partei ergriffen. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johann Wadephul verurteilte die Raketenangriffe der radikalislamischen Hamas auf das Schärfste. „Dieser Terror ist nicht hinnehmbar“, sagte er in einer von der Koalition beantragten aktuellen Stunde des Bundestages. Israel habe jedes Recht, sich zu verteidigen.

„Der Deutsche Bundestag steht an der Seite Israels“, betonte Wadephul. Dies bekräftigte auch der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Jürgen Hardt. Eine Äquidistanz zu Israel und den Palästinensern hält er für unangemessen. Wer wie die Hamas Raketen auf israelisches Gebiet abfeuert, „begeht einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht“, sagte Hardt. Außerdem instrumentalisiere die Hamas den Konflikt mit Israel für den innerpalästinensischen Machtkampf.

Wadephul unterstrich, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson sei. An die Grünen, deren



Aktuelle Stunde im Beisein der Bundeskanzlerin, am Rednerpult: CDU/CSU-Fraktionsvize Johann Wadephul

Parteivorsitzende nach der Bundestagswahl im September ins Kanzleramt strebt, appellierte er, Israel nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten zu unterstützen: „Wer Israels Sicherheit gewährleisten will, muss auch zur Rüstungskooperation bereit sein.“

Angesichts der zahlreichen Toten und Verletzten, die der Konflikt in den vergangenen zehn Tagen gefordert hat, mahnte Hardt einen baldigen Waffenstill-

Seite 2

CDU/CSU-Fraktionssitzung: Armin Laschet entlarvt Grüne und SPD bei Umweltpopulismus

Auch in dieser Sitzungswoche musste die Fraktionssitzung von CDU und CSU per Videokonferenz stattfinden. Eines der wichtigsten Themen war die durch das Bundesverfassungsgericht gestellte Aufgabe, bei den Klimazielen den gesamten Zeitraum bis 2050 besser in den Blick zu nehmen und die Lasten gerechter über die Jahre zu verteilen. Armin Laschet entlarvte bei seiner Wortmeldung den Klimapopulismus von Grünen und SPD: Baerbock müsse sagen, was Kurzstreckenflüge genau seien und wie sie sie verhindern wolle, ohne sie zu verbieten. Scholz wolle 70 € mehr pro Flug, obwohl der Europäische CO₂-Zertifikatehandel gedeckelt sei. Reine Verteuerung ohne ökologische Effekt! Der CDU-Ansatz: Planungsvereinfachung und weiterer Bau von Schnellbahnstrecken machen Kurzflüge überflüssig! ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

stand an. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Norbert Röttgen, warb darüber hinaus für neue Bemühungen, den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern im Kern zu lösen. Jetzt müsse ausbuchstabiert werden, was es konkret heiÙe, an der Seite Israels zu stehen, sagte der CDU-Politiker.

Deutschland und die EU sieht Röttgen in der Pflicht, „diesen Konflikt zu einer europäischen Priorität zu machen“. Hardt rief dazu auf, die Suche nach einer politischen Lösung sorgfältig vorzubereiten. Immer neue Friedensvermittlungen, die nicht fruchteten, führten zu immer größerer Enttäuschung, warnte er.

Die Raketenangriffe der Hamas auf Israel führten in Deutschland zu antijüdischen Ausschreitungen. Hardt nannte diese Übergriffe beschämend. In einer weiteren Debatte zum Kampf gegen Antisemitismus in Deutsch-

land verwiesen der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Thorsten Frei und der innenpolitische Sprecher Mathias Middelberg darauf, dass Antisemitismus in Deutschland viele Quellen und Wurzeln habe. Neben den rechts- und den linksextremistischen Ausprägungen gebe es auch einen „zugewanderten Antisemitismus“.

Diesen neuen Erscheinungsformen „müssen wir uns stellen“, forderte Middelberg. So müsse man in der Integrationspolitik nachsteuern, zum Beispiel unsere Sicht auf den Nahostkonflikt in den Schulen stärker thematisieren. Dass Deutschland an der Seite Israels stehe, „muss jeder lernen, der zu uns kommt, als Flüchtling, als Migrant oder wie auch immer“, sagte er. Frei betonte, Integration setze das Bekenntnis zum Staat Israel voraus: „Antisemitismus ist nicht integrierbar.“ ■

Bundestag macht Weg frei für Autonomes Fahren und beschließt Einrichtung eines Schnellladenetzes für E-Autos mit 1.000 Ladestandorten

Der Bundestag hat den Gesetzentwurf zum autonomen Fahren beschlossen. Das ist weltweit der erste Rechtsrahmen für autonomes Fahren im Regelbetrieb. Im öffentlichen Straßenverkehr können auf vorher festgelegten Routen beispielsweise kleine Shuttle-Busse ohne Fahrer für den Transport von Personen oder Gütern eingesetzt werden. Kommt es bei der Fahrt ausnahmsweise einmal zu Problemen, wird eine technische Leitstelle hinzugeschaltet und kann gesonderte Fahrmanöver des Fahrzeugs freigeben. Das Gesetz ist ein ermutigendes Signal an unsere Ingenieure. Wir bringen ihre Innovationen hier in Deutschland auf die Straße und machen diese für unsere Bürger direkt erfahrbar.

Ebenfalls beschlossen hat der Bundestag in dieser Woche die Bereitstellung der Grundversorgung mit Schnellladeinfrastruktur im Mittel- und Langstreckenverkehr. Das Gesetz sieht die Errichtung und den Betrieb von 1.000 Schnellladestandorten vor, die öffentlich ausgeschrieben werden sollen. Dabei soll besondere Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse der Nutzer gelegt werden und auch wenig frequentierte Standorte berücksichtigt werden. Damit setzt der Bund den Rahmen für den Hochlauf der klimafreundlichen Elektromobilität auf der Langstrecke. An den Fernverkehrsstrecken und in der Fläche wird es für alle E-Autofahrer ein attraktives und nutzerfreundliches Ladeangebot geben. Das ist ein weiterer richtiger Anreiz, um auf E-Autos umzusteigen. ■

Stärkung des Finanzmarktes Deutschland

Die Koalitionsfraktionen haben im parlamentarischen Verfahren zum Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG) eine Einigung erzielt.

Der Fall Wirecard hat schwere Mängel in der deutschen Finanz- und Geldwäscheaufsicht offenbart, die unter der Aufsicht von Bundesfinanzminister Olaf Scholz steht. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist ein funktionierender und zuverlässiger Finanzmarkt aber essentiell. Ein ‚Weiter so‘ darf es daher nach dem Fall ‚Wirecard‘ nicht geben. Die Finanzaufsicht muss gestärkt und verlorenes Vertrauen so rasch wie möglich zurückgewonnen werden. Die von der SPD vorgelegten Pläne für eine ‚Finanzaufsicht mit Biss‘ entpuppten sich beim genaueren Hinsehen

allerdings als zahnlöser Tiger und gingen der Union nicht weit genug. Mit dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz (FISG) hat die CDU/CSU nunmehr eine grundlegende Reform der deutschen Finanz- und Kapitalmarktaufsicht durchgesetzt. Der 2004 von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte deutsche Sonderweg mit einem zweistufigen Enforcement-Verfahren – über eine privatrechtlich organisierte Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) sowie eine staatlichen Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) - wird endlich abgeschafft. Der Fall Wirecard hatte die Dysfunktionalität dieses Systems auf erschreckende Weise offenbart. Dank der Union wird die Wiederherstellung des Vertrauens in den deutschen Finanzmarkt wieder möglich. ■